

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

27.04.2018

Gegen Antisemitismus und für Religionsfreiheit *Israel feiert Geburtstag*

Was vor 70 Jahren mit der Gründung eines eigenen Staates für das jüdische Volk begann, ist heute eine Erfolgsgeschichte. Israel feiert mit Stolz sein Jubiläum. Aus einem Land, das bei seiner Gründung in eine höchst unsichere und umkämpfte Zukunft blickte, wurde die einzige funktionierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten. Es ist darüber hinaus ein Land, das sein eigenes „Silicon Wadi“



besitzt und das ein wichtiger Teil der westlichen Wertegemeinschaft ist.

Deutschland steht dabei durch den Zivilisationsbruch der Shoah in einem einzigartigen Verhältnis zu Israel. Dass Israelis und Deutsche trotzdem zu Freunden wurden, grenzt an nahezu ein Wunder. Diese ganz besonderen Beziehungen sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Den Grundstein dieser Verpflichtung haben Ben Gurion und Konrad Adenauer gelegt. Dabei dürfen wir nie vergessen, welches Leid und Unrecht die Nationalsozialisten dem jüdischen Volk zugefügt haben. In diesem Bewusstsein und in Dankbarkeit über das seitdem Erreichte wollen wir die gemeinsame Zukunft unserer beiden Länder weitergestalten und unser Miteinander ausbauen.

Wir haben im Koalitionsvertrag ein klares Signal gesetzt: Religionsfreiheit, das Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, stehen im Mittelpunkt unseres Verständnisses der Menschenrechte. Es schützt die Lebenspraxis und damit die Würde jedes

Menschen in besonderer Weise – und steht doch an vielen Orten weltweit unter Druck. Der Religionsfreiheitsbericht, den das Auswärtige Amt 2016 erstmals vorgelegt hat und nun, wie von uns gefordert, alle zwei Jahre veröffentlicht wird, weist dies amtlich nach.

Viele Mitglieder unserer Fraktion setzen sich seit Jahren für das Recht auf Religionsfreiheit ein etwa im Stephanuskreis, der sich in dieser Woche neu konstituiert hat. Besonders erfreulich ist, dass sich nun der erste Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit intensiv um dieses Thema kümmern kann. Angesichts von Diskriminierung und schrecklicher Gewalt, die gegen Angehörige von religiösen Minderheiten weltweit verübt werden, ist dies ein gutes Zeichen. So sehr wir in Deutschland für die Religionsfreiheit eintreten, so stehen wir auch ganz ausdrücklich gegen den Antisemitismus auf. Gegen diese gerade in unserem Land besonders widerliche Form der Unmenschlichkeit, die nicht nur, aber auch religiös begründet wird, gehen wir mit aller Entschlossenheit vor.

Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jüdische Gemeinden und Einrichtungen in unserem Land von der Polizei geschützt werden müssen. Aber ein neuer, arabischer und islamistischer Antisemitismus ist nicht zu akzeptieren. Es gibt keinen Zweifel: Deutschland ist die Heimat von Christen, Juden, Muslimen und vielen Angehörigen anderer Religionen, von Atheisten und Menschen, die sich gar nicht mit einem Glauben auseinandersetzen wollen. Der Hass gegenüber Religionen und Antisemitismus haben hier nichts zu suchen. Dieses Grundverständnis ist Teil unserer abendländisch-demokratischen Kultur.

Kein Ort für türkischen Wahlkampf

Zur Absicht des türkischen Außenministers Cavusoglu, am 29. Mai, dem Tag des Gedenkens an den Brandanschlag auf die Familie Genç in Solingen, öffentlich zu sprechen, erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt MdB:

„Das jährliche Gedenken an die Opfer des feigen, ausländischerfeindlichen Brandanschlags auf die türkische Familie Genç ist stets ein Augenblick des Innehaltens, der Besinnung und des Respekts gegenüber den fünf getöteten Familienmitgliedern und ihren Angehörigen. Familie Genç lebt nach wie vor in Solingen. Die Mutter Mevlüde Genç war 2012 Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten. Nach allem was damals geschah, ist das gewachsene Vertrauen zwischen Türken und Deutschen in Solingen ein großes Geschenk. Diese Haltung sollte auch am 25. Jahrestag des Anschlags das Gedenken prägen. Die Stadt Solingen hat für den 29. Mai eine würdige, nachdenkliche Form des Gedenkens vorgesehen. Es wäre sehr schade, wenn das Ereignis von inner-türkischen Auseinandersetzungen überschattet und der Frieden des Augenblicks gestört würde. Ich appelliere an alle Beteiligten, auch an die Vertreter der türkischen Regierung, in diesem Geiste dort aufzutreten. Für türkischen Wahlkampf ist am 29. Mai in Solingen kein Platz.“

Kein Steuergeld für rechtsextreme NPD

Nach dem Bundesrat will nun auch die Bundesregierung die rechtsextremistische NPD generell von der staatlichen Parteienfinanzierung ausschließen. Damit soll vermieden werden, dass eine Partei, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft, Leistungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhält. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2017 einen zweiten NPD-Verbotsantrag des Bundesrats abgewiesen, die Partei aber zugleich als verfassungsfeindlich eingestuft. Außerdem hatten die Richter auf die Möglichkeit hingewiesen, die Voraussetzungen für den Anspruch auf staatliche Parteienfinanzierung zu ändern. Daraufhin können verfassungsfeindliche Parteien von der Finanzierung ausgeschlossen werden. Dies will das Bundeskabinett nun in Bezug auf die NPD beantragen. Die Unionsfraktion hält das für ein richtiges Signal und tritt für den Antrag ein. Die CDU/CSU möchte zeitnah einen solchen Antrag im Parlament verabschieden. Die Partei wird zur Zeit mit rund einer Million Euro im Jahr aus Steuermitteln unterstützt, die nach Feststellung des Bundesverfassungsgerichts wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus ist. Ebenso will die Union damit ein klares Signal an die jüdische Gemeinde geben. Jeder Cent, den die NPD von staatlicher Seite erhält, ist für die Union einer zu viel.

Digitale Bürgerportale werden kommen

Die Bundesregierung will schon in diesem Jahr das digitale Bürgerportal starten, in dem alle Verwaltungsleistungen online zur Verfügung stehen sollen. "Bis 2022 soll alles digital erledigt werden können", wird Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) im "Tagesspiegel am Sonntag" zitiert. Ziel sei es, dass jeder Bürger vom Schreibtisch aus den Wohnort ändern, Pässe beantragen oder Autos ummelden könne. Braun sagte, dennoch solle es

weiter Ansprechpartner in den Bürgerbüros geben, damit ältere oder digital nicht affine Bürger nicht ausgrenzt würden. (Reuters)

Bienen sind systemrelevant

Drei bienenschädliche Insektengifte, sogenannte Neonicotinoide, werden europaweit verboten. Vertreter der Mitgliedstaaten stimmten am Freitag mehrheitlich für ein Freilandverbot der Insektizide, wie die EU-Kommission in Brüssel mitteilte. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hatte die Schädlichkeit der Stoffe für Wild- und Honigbienen bestätigt. Deutschland werde mit einer „klaren Haltung abstimmen“ und dem Vorschlag der Kommission folgen, sagte Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner zuvor (CDU) im Bayerischen Rundfunk angekündigt. „Ich sagte ganz klar: Das, was der Biene schadet, muss weg vom Markt, denn Bienen sind systemrelevant.“ (AFP)

Digitale Weiterbildung

Die rasante Digitalisierung bringt immer mehr Unternehmen dazu, den steigenden Weiterbildungsbedarf ihrer Mitarbeiter mit schnell realisierbaren Online-Kursen zu decken. Darauf hat das Potsdamer Hasso-Plattner-Institut (HPI) hingewiesen. Die Potsdamer Wissenschaftler betreiben bereits seit 2012 die eigene Bildungsplattform <https://open.hpi.de>. Sie ist der Pionier für kostenlose universitäre Massive Open Online Courses (MOOC) in Europa. "Kostenlose universitäre Onlinekurse hingegen greifen meist breitere, allgemeinere Themen auf. Hier geht es eher um digitale Allgemeinbildung, mit der sich die Teilnehmer in ihrer Freizeit und aus eigenem Antrieb auf den neusten Stand bringen wollen", betonte der HPI-Direktor, Prof. Christoph Meinel. Die Bildungsplattform open HPI sieht er deshalb im internationalen Wettbewerb mit anderen Anbietern universitärer MOOCs, etwa Udacity, Coursera oder edX. Seine interaktiven Internetangebote hat das Hasso-Plattner-Institut als Pionier unter den deutschen Wissenschaftsinstitutionen 2012 gestartet. Sie vermittelt seitdem Gratis-Zugang zu aktuellem Hochschul-Wissen aus den sich schnell verändernden Gebieten Informationstechnologie und Innovation. (Hasso-Plattner-Institut)

Azubis haben die Wahl

Ende April standen nach einer Zwischenbilanz der Bundesagentur für Arbeit 281'800 Lehrstellen lediglich 227'900 Bewerber gegenüber, wie sie am Freitag mitteilte. Fünf Monate vor Ende des Berufsberatungsjahres verzeichnete die Nürnberger Bundesbehörde einen Lehrstellenüberschuss von fast 53'900. (dpa)

Zitat

„Fake News sind eine echte Gefahr für den Zusammenhalt und Stabilität unserer Gesellschaften“, teilte der für Sicherheit zuständige EU-Kommissar Julian King am Donnerstag in Brüssel, mit Blick auf die bevorstehende Europawahl 2019, mit. Und: „Wir sind im Prinzip in einer Art Schlacht, aber es ist eine andere Art von Schlacht, eine ohne Regeln“, erklärte King weiter. (dpa)